

Berliner Tageblatt

Nr. 201
Hochachtungszwecksch. Wolff in Berlin.

und Handels-Zeitung

53. Jahrgang
Druck und Verlag von Rudolf Wolff in Berlin.

Poincarés „zweideutige“ Antwort.

Englische Kritik an der Haltung Frankreichs.

Sofortige Wiederherstellung der deutschen Wirtschaftseinheit notwendig. — Die katastrophalen Folgen einer deutschen Rechtsregierung.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

London, 23. April.

Die Mächte zerlegen die Antworten der alliierten Regierungen auf die Noteder Reparationskommission in zwei Gruppen, von denen die eine England, Italien und Belgien, die andere Frankreich umfasst. Von der englischen, italienischen und belgischen Antwort wird wenig mehr erwartet, als daß sie die bedingungslose Annahme des Sachverständigenberichts ausdrücken, was im allgemeinen den ungetrübten Beifall der Mächte findet. Eine ungenügende Ausnahme macht das gegen Poincarés Antwort gestanden, wobei eigentlich nur das Reichblatt, die „Morning Post“, eine Ausnahme macht, das nichts Zwei deutiges in der Poincarés Antwort findet, was nicht wieder bitter darüber beklagt, daß man den französischen Ministerpräsidenten mit Napoleon und Ludwig XIV. vergleicht. Die gesamte liberale Presse ist mit Poincarés wenig einverstanden. Man mahnt sie, würden sich die „Times“ aus. Poincarés Antwort sei „vorläufiger und bedingte“, als die der anderen Alliierten. Man lese hier, daß sorgfältige Verhandlungen darüber nötig sind, welche Fragen zu der Zukunft der Reparationskommission und zu der alliierten Reparationen gehören. Poincarés Antwort habe inmerhin die großen Schwierigkeiten des Problems gezeigt, ob die deutschen Reparationszahlungen und die Wiederherstellung der deutschen wirtschaftlichen Einheit zuerst kommen müsse. Viel scharfer drücken sich der konservative „Observer“ und die gesamte liberale Presse aus. Die Antwort Poincarés lasse sich leider mit dem Plan der Sachverständigen nicht in Einklang bringen („Observer“). Poincarés Antwort sei unzulänglich. Seine Antwort sei weniger ungenügend als die der Alliierten und enthalte einige Verbesserungen, die die ganze Angelegenheit zu einem Hindernis in machen könnten („Daily News“). Wenn man zu Poincarés Antwort übergehe, schreibt „Daily News“ Gazette, so befinde man sich in einer ganz anderen Atmosphäre. Ein Brief sei wichtig, zweideutig und unbestimmt. Er verweise sich zu nächst auf schärfliche Vorwürfe über den Sachverständigenbericht zu fassen, so fände der Bericht zu verträglich und im Hinblick auf die Lage. Genügend schreibt „Daily Chronicle“, daß Poincarés eine zweideutige Antwort gegeben habe. Der Einwand der Mächte gegen die Note Poincarés gründet sich in allem auf zwei Punkte: 1. daß er die deutsche wirtschaftliche Einheit nur wiederherstellen wolle, nachdem Deutschland alle Anhalten zur Ausführung des Berichts getroffen habe, während der Vertrag-Bericht gerade nicht länger gelten könne, während der Kommunität, würde immer eine ökonomische Einigung der Werk und Main. Die Bevölkerung an Rhein und an der Ruhr bliebe zur Klavier verdammt. Mit der Goldbank und mit internationalen Anleihen wäre es vorbei, England, Amerika und alle Länder, die dem Gutachten zustimmen haben, würden ungenügend die Rückseite zuwenden und was aus der Welt entfällt, aus dem ganzen deutschen Wirtschaftsleben werden müßte, daß man besser nicht aus. Die Deutschnationalen haben die Beamten und die Kleinrentner und Hypothekengläubigen wundervoll verpackungen gemäß. Ein Bund der hilfbedürftigen Kleinstkapitalisten wird von seinem Vorstand als internationale Lager gelobt. Es ist klar, daß die Lage der Beamten und derjenigen, deren Vermögen durch die Inflation aufgefressen wurde, verbessert werden muß, aber das ist nur möglich, wenn nicht die Wirtschaft wieder zurückschlagen wird. Wie geben die Beamten, Kleinrentner und Hypothekengläubiger nach einem deutchnationalen Wahlerfolge, der gleichbedeutend mit dem Ablehnen des Gutachtens wäre, zu höheren Einkommen und Anhebung der Löhne? Die Hausfrauen, die Familienväter, die Angehörigen, alle, die schaffen und sich mühen, müssen sich, solange es noch Zeit ist, klar darüber werden, was auf dem Spiel steht. Wenn sie gleichgültig zu Grunde werden, schließlich tögen, daß es nicht schlimmer werden könne, und sich betrogen oder sich betrügen lassen, so müßten sie glück in die

Handlung, liegt in einer Verzögerung, die dazu führen könnte, daß man die Gelegenheit verpasse, deshalb müßte vor allem rasch gehandelt werden. Wenn die Debatte über Zersetzungen erst einmal wieder eröffnet würde, meint „Daily Chronicle“, so befinde man sich wieder bei den endlosen alten Kontravenen. Schon die bisherige Verzögerung, schreibt der „Observer“, richte sich gegen den Erfolg des Berichts, für den seine Verlester nicht bürgen wollten, falls er nicht in seiner Gesamtheit angenommen und unverzüglich zur Ausführung gebracht würde. Wenn ihre ganzen Berechnungen beruhten darauf, daß der Bericht sofort und ohne Veränderung in die Wirksamkeit umgesetzt würde.

Daß die jetzige deutsche Regierung sich gegenüber dem Bericht ausgesprochen hat, und daß sie von den deutschen Industriellen hierbei unterstützt wurde, hat hier einen äußerst vorteilhaften Eindruck gemacht. Mit einiger Beforgnis aber fragt man sich, welche Haltung Deutschland nach den Wahlen einnehmen wird. Wenn eines Tages, so ist es dies, daß eine deutsche Regierung, die an dem Bericht der Sachverständigen keine Mittelteilnahme oder sogar zurückweisen würde, sich der gefühlvollen Front der Alliierten, einschließlich Amerikas, gegenüber finden würde. Der Deutschland nicht unfeindlich genommene „Observer“ spricht von der Gefahr, daß die deutsche Wahlen eine Rechtsregierung ausführen könnten, die so „verruht unpraktisch“ wäre, die Unterstützung der jetzigen deutschen Regierung ausführen. Dies könne nur zu Deutschlands Schaden anfallen. Die Bedingungen des Berichts seien vernünftig und außerdem von vier Regierungen, mit Ausnahme Frankreichs, angenommen. Nichts könne diese Bedingungen noch zugunsten Deutschlands ändern, das sich dieser Bedingungen hätte weigern zu wollen. Die Bedingungen der Bericht annehmen werde, wobei allerdings nicht zu übersehen sei, daß die gefunden und fertigfertige Kräfte Deutschlands seinen ersten Kampf ausfechten hätten.

Poincarés Note habe nur den Eindruck erweckt, als ob er Zeit gewinnen wolle, und sei deshalb ungenügend. Wenn Poincarés, so schreibt „Daily News“, deshalb zunächst Deutschland den Sachverständigenbericht ausführen müsse, so meine er damit, daß er das Ruhrgebiet vorher nicht räumen würde, während Zankverhandlungen, daß das Ruhrgebiet zuerst geräumt werden müßte. Dabei dürfe es gerade über die kritische Frage keine Mißverständnisse geben, denn der große Plan dürfe nicht erfolgreich werden, weil Frankreich unter irgend einem Vorwand oder durch irgendeine oberflächliche Änderung der Befestigungsform seine Befestigung des Ruhrgebietes aufrechterhalte. Trotz dieser scharfen Kritik an Poincarés neckt die Mehrheit der Mächte zu der Annahme, daß Poincarés auf die Dauer seine Gesundheitszustand nicht aufrecht erhalten könne. So entschlüsselt Poincarés Brief sei, schreibt „Observer“ Gazette, so könne man doch nicht glauben, daß es eine Regelung auf der Grundlage des Sachverständigenberichts zu erreichen beabsichtige, den England, Italien und Belgien einmütig angenommen hätten.

London, 23. April, (W. Z. V.)

Zur römisch: Berichterstatter der „Daily News“ erzählt, daß Mussolini und Macdonald beide am Samstag hier über eine Zusammenkunft überredet.

(Siehe auch Seite 2.)

T. W. Die Wähler und die Wählerinnen haben nach eine Woche lang Zeit, sich zu befinden. Man darf wohl annehmen, daß alle vernunftbegabten Männer und Frauen bereits darüber nachgedacht und welche Gefährdung abgesehen werden muß, und wie ersehen, daß am 4. Mai feiner und keine von denen, die das Land und das Wirtschaftlichen vor der Gefahr einer zersetzten Demagogie bewahren wollen, sich bequemen, unter dem einen oder dem anderen unwürdigen Vorwande, beiseite zu drängen. Es handelt sich darum, ob Deutschland von ernsthaften, gewissenhaften, ihrer Verantwortung bewußten Persönlichkeiten und schließlich wieder in die Höhe gebracht oder von Gehänsel und Schmähsen abwärts rüttelt werden soll. Will man, daß Männer wie Schacht ihre aufbauende Arbeit fortsetzen, oder zieht man die „ganzen Kerle“ des Döner-Prozesses, hemmungslos abenteuerlichen, mit keinen Kenntnissen und keinem Verantwortungsbewußtsein behaftete Wortemacher vor? Wer nichts dageden hat, Deutschland, das politische und das wirtschaftliche Leben, die Rentenmark und der Welt, diesen Kultur-elementen auszuliefern, mag an Wahltag zu Hause bleiben oder in jedem Falle für die Kandidaten der Chaosparteien stimmen. In auch wird diese Wahl eine Intelligenzprüfung sein, und man wird feststellen können, wieviel Anhängern es in Deutschland gibt. Die WählerInnen haben befürchtungen, daß „Kure“ durch den Ruf „Heil“ ersetzt. Wenn für diese Wahl, die heute als ein jüdisches Produkt verächtlich ist, schändlich gering gehalten und Manu verkehren würden, so könnten sie sich darüber begreifen, daß das alte Buch auch schon einiges über Gelehrer sagt. In der Zeit der Reichswehr können sie leben: „Den Schanden meines Volkes oder möchten sie auf schweinfertige Weisen, indem sie rufen: „Heil Heil! — wo aber ist Heil? Schanden werden sie sich fühlen, daß sie Gravel verbitt haben; indes, es gibt für sie kein Ertröden mehr, noch wissen sie mehr, was sich dahinter befindet.“

In dem Wahlverfahren herrscht das mäßige Schlagwort, die dröhnende Propaganda, der bewundernde Beifallschrei, die erdrückende patriotische Ermahnungen blühen zwischen der Profa und das alles ist gewiß sehr notwendig und nützlich, aber der geistig nicht zurückgebliebene Mensch macht sich seinen Vers allein. Wenn man auf alle Wortergärten, Gemeinplätze und Kunststücke der Wahlpropaganda verzichtet, selbst die letzten Parteivorwürfe abtreibt und nur während die Wahlsucht festhalten will, so ergibt sich zunächst die unleugbare, durch seine Schwindeltricks und kein thörendes Papieren verführbare Tatsache, daß die die extremen Parteien, Deutschnationale, Völkische und Kommunisten, lange Monate hindurch gemeinsam und eng verbunden, versucht haben, die Wiederherstellung einer wirtschaftlichen Ordnung in Deutschland zu verhindern, jede diesem Zweck dienende Bemühung zu durchkreuzen und daß alles, was wir an Befestigung gegen, gegenüber in ununterbrochenem Kampfe gegen ihre Intrigen, ihre Aufschüchtlungen, durchgeführt worden ist. Selbstverständlich hätte auch die Rentenmark niemals geschaffen werden können, wenn der Reichstag nicht das Gemäßigteste Gesetz angenommen hätte, und in Deutschland zu einem Punkt in, die haben erdrückende Verwirrung in Deutschland zu verursachen, haben die drei Verbündeten, Deutschnationale, Völkische und Kommunisten, immer neue Kräfte angezogen, immer neue Kräfte geleigt, und die Herren rechtlich, in froher Erwartung, bald die Küstliner Aufschüchler und bald nach München hinübergeleitet. Statt die Richterharte zu überantworten, sollen die Parteien, die in ihrem Verantwortung auf der Befestigung der Inflation mitgehört haben, auf unbeschreiblichen Plakaten und Flugblättern dem verhassten Publikum zeigen: dann und dann hat der deutchnational-völkisch-kommunistische Dreieck abermals einen Vorstoß gegen die wirtschaftliche Reorganisation unternommen. Dann und dann hat er Leuten erzogen, den aufbauenden Männern Anstöße zwischen die Reine gegeben, die für die Stabilisierung der Mark unentbehrlichen Maßnahmen abgelehnt. Sie sollten ebenmäßig und ohne Zwischen gehen, die „nationale“ Rechte in der Zeit des passiven Widerstandes kein gebundenes Steuerhelfer zugelassen hat und wie unter ihrem Antrieb die wahnwitzigen Massen Papiergeld ins Land geworfen worden sind. Die Rechtsparteien haben die Inflation, die völlige Entwertung des Geldes verursacht und befeuert, und als der Schiffbruch da war, haben sie versucht, alle Rettungsboote zum Sinken zu bringen.

Das ist die jämmerliche Vergangenheit. ... Wie würde nach einem starken Wahlerfolge der Deutschnationalen, Völkischen und Kommunisten, wieder auf der Straße sich prügeln und im Reichstag gemeinsam handlungen Parteien, die in Zukunft beifassen? Man braucht auch da nicht in den Ton dichterischer Gefühlen oder in das Randstrophisches zu verfallen. Bei ruhiger Betrachtung sieht die Dinge sich folgendermaßen dar. Die Rechtsregierung hat bei Gutachten der Sachverständigen, das die Durchführung des Reparationsprogramms von der Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit abhängig macht, als Grundlage für Verhandlungen angenommen. Der Reichsverband der deutschen Industrie hat diese Forderung gebilligt, sich, zum ersten Male, in sehr entscheidender Weise für die Politik der Verzögerung ausgesprochen und die Notwendigkeit, das Gutachten unter den bekannten Voraussetzungen anzunehmen, energisch betont. Gegen das Gutachten immer aus den gleichen Motiven, wieder die Parteien des Drunter und Drüber die übliche Kanonade ausgeführt. Die „Deutsche Tageszeitung“ hat erklärt, die Annahme sei Wahrheit und Verbrechen, und die anderen Organe haben ebenfalls kräftig protestiert. Wenn Deutschnationale, Völkische und Kommunisten es am nächsten Sonntag auf ungefähr zweihundert Mandate bringen würden, so würden sie,

unterstützt von der Bayernischen Volkspartei, Welfen und ähnlichen treudeutschen Anhängern, die gegenwärtige Regierung befeitigen und das Gutachten begutachten. Die erste Folge würde ein herrliches Zollmonopol sein, denn die Rechte, ohne den Beistand der Kommunisten, würde immer eine ökonomische Minorität bleiben, ihre Mehrheit würde sich zumammelfestern lassen, und wie dann regiert werden sollte, ist nicht zu ersehen. Einzigweilen aber wäre das Gutachten, samt Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit, abgelehnt. Die Franzosen könnten die deutschen Eisenbahnen behalten, die Inflation mit den Rentenmarken zuwenden und was aus der Welt entfällt, aus dem ganzen deutschen Wirtschaftsleben werden müßte, daß man besser nicht aus. Die Deutschnationalen haben die Beamten und die Kleinrentner und Hypothekengläubigen wundervoll verpackungen gemäß. Ein Bund der hilfbedürftigen Kleinstkapitalisten wird von seinem Vorstand als internationale Lager gelobt. Es ist klar, daß die Lage der Beamten und derjenigen, deren Vermögen durch die Inflation aufgefressen wurde, verbessert werden muß, aber das ist nur möglich, wenn nicht die Wirtschaft wieder zurückschlagen wird. Wie geben die Beamten, Kleinrentner und Hypothekengläubiger nach einem deutchnationalen Wahlerfolge, der gleichbedeutend mit dem Ablehnen des Gutachtens wäre, zu höheren Einkommen und Anhebung der Löhne? Die Hausfrauen, die Familienväter, die Angehörigen, alle, die schaffen und sich mühen, müssen sich, solange es noch Zeit ist, klar darüber werden, was auf dem Spiel steht. Wenn sie gleichgültig zu Grunde werden, schließlich tögen, daß es nicht schlimmer werden könne, und sich betrogen oder sich betrügen lassen, so müßten sie glück in die

Handlung, liegt in einer Verzögerung, die dazu führen könnte, daß man die Gelegenheit verpasse, deshalb müßte vor allem rasch gehandelt werden. Wenn die Debatte über Zersetzungen erst einmal wieder eröffnet würde, meint „Daily Chronicle“, so befinde man sich wieder bei den endlosen alten Kontravenen. Schon die bisherige Verzögerung, schreibt der „Observer“, richte sich gegen den Erfolg des Berichts, für den seine Verlester nicht bürgen wollten, falls er nicht in seiner Gesamtheit angenommen und unverzüglich zur Ausführung gebracht würde. Wenn ihre ganzen Berechnungen beruhten darauf, daß der Bericht sofort und ohne Veränderung in die Wirksamkeit umgesetzt würde.

Daß die jetzige deutsche Regierung sich gegenüber dem Bericht ausgesprochen hat, und daß sie von den deutschen Industriellen hierbei unterstützt wurde, hat hier einen äußerst vorteilhaften Eindruck gemacht. Mit einiger Beforgnis aber fragt man sich, welche Haltung Deutschland nach den Wahlen einnehmen wird. Wenn eines Tages, so ist es dies, daß eine deutsche Regierung, die an dem Bericht der Sachverständigen keine Mittelteilnahme oder sogar zurückweisen würde, sich der gefühlvollen Front der Alliierten, einschließlich Amerikas, gegenüber finden würde. Der Deutschland nicht unfeindlich genommene „Observer“ spricht von der Gefahr, daß die deutsche Wahlen eine Rechtsregierung ausführen könnten, die so „verruht unpraktisch“ wäre, die Unterstützung der jetzigen deutschen Regierung ausführen. Dies könne nur zu Deutschlands Schaden anfallen. Die Bedingungen des Berichts seien vernünftig und außerdem von vier Regierungen, mit Ausnahme Frankreichs, angenommen. Nichts könne diese Bedingungen noch zugunsten Deutschlands ändern, das sich dieser Bedingungen hätte weigern zu wollen. Die Bedingungen der Bericht annehmen werde, wobei allerdings nicht zu übersehen sei, daß die gefunden und fertigfertige Kräfte Deutschlands seinen ersten Kampf ausfechten hätten.

London, 23. April, (W. Z. V.)

Zur römisch: Berichterstatter der „Daily News“ erzählt, daß Mussolini und Macdonald beide am Samstag hier über eine Zusammenkunft überredet.

(Siehe auch Seite 2.)

Amerika und die alliierten Schulden.

Funktelegramm unseres Korrespondenten.

New-York, 23. April.

In Washingtoner Kreisen beschäftigt man sich lebhaft mit dem Eindruck, den die letzte Rede des Präsidenten Coolidge in europäischen Kreisen gemacht hat. Dabei kommt überall die Auffassung zum Ausdruck, daß die angehende in Paris herrschende Ansehung